



# HESSISCHER LANDTAG

30.11.2016

HHA

## Änderungsantrag

### der Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 19/4093 zu Drucksache 19/3674

Inhalt des Antrags: **Absenkung der Mittel für den Verfassungsschutz**

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 03 Landesamt für Verfassungsschutz  
Buchungskreis: 2210

Produktnummer lt. Leistungsplan 1

Bezeichnung lt. Leistungsplan Verfassungsschutz

	von	Veränderung um	auf
<b>Beträge in 1.000 EUR</b>			
<b>Gesamtkosten</b>	26.532,9	-8.500,0	18.032,9
<b>Produktabgeltung</b>	23.935,6	-8.500,0	15.435,6

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

### Begründung des Änderungsantrags:

Obwohl der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz jeglichen Nachweis seiner notwendigen und ordentlichen Arbeit schuldig bleibt (siehe NSU-Komplex, NSA-Skandal ect.) und obwohl in vielen Bereichen der Rotstift regiert, wird der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz seit 2001 mit ständig neuen Mitteln und Ressourcen ausgestattet. Das Budget wurde seit 2006 annähernd verdoppelt! Alleine 2016 und 2017 wurden 70 neue Stellen (+ 25 Prozent) und 31 Stellenhebungen (+ für 10 Prozent des Personals) bewilligt, während in allen anderen Bereichen, wie Polizei, Kommunen, Justiz und Behörden, immer weiter gekürzt wurde.

Die Geheimdienste sind bundesweit durch nichts als unentwegte Skandale in Erscheinung getreten. Sie entziehen sich zudem jeglicher demokratischen Kontrolle. Ohne Leistungsnachweis und Kontrollierbarkeit sind sie ein überflüssiger Fremdkörper innerhalb der Demokratie. Wir wollen den Inlandsgeheimdienst "Verfassungsschutz" Schritt für Schritt zurückbauen, indem zunächst eine Rückführung der Mittel auf das Niveau von 2006 stattfindet. Freiwerdende Mittel sollen in Präventionsprogramme gegen Gewalt und Menschenfeindlichkeit fließen.

Wiesbaden, 30.11.2016

Für die Fraktion DIE LINKE  
Der Fraktionsvorsitzende

**Willi van Ooyen**